

Stadt Bad Freienwalde (Oder)

Ausschuss für Kurstadtentwicklung, Wirtschaft, Tourismus und Umwelt

Öffentliche Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Kurstadtentwicklung, Wirtschaft, Tourismus und Umwelt vom 26.02.2026

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 20:00 Uhr

Tagungsort: Ratssaal des Rathauses
Karl-Marx-Straße 1, 16259 Bad Freienwalde (Oder)

Anwesende:

Vorsitzender:

Herr Marco Büchel

Mitglieder:

Herr Dieter Bosse
Frau Ramona Gorski
Herr Gero Rasch
Herr Dirk Schmückert

Sachkundige Einwohner:

Frau Katharina Bratz
Herr Olaf Kühnel
Herr Stefan Noack

von der Verwaltung:

Frau Ulrike Heidemann

Abwesende:

Sachkundige Einwohner:

Frau Petra Lunow

Gäste:

Herr Terei
Frau Hannemann

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 20.11.2025
4. Feststellung von Ausschließungsgründen gem. § 22 BbgKVerf
5. Beantwortung der Fragen aus der letzten Ausschusssitzung
6. Stand Rezertifizierung Kurortstatus

7. Beratung und Beschlussfassung über die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan "Sondergebiet Photovoltaik Oderberger Straße Bralitz"
Vorlage: BV/087/2025
8. Beratung und Beschlussfassung zum Fraktionsantrag der WV19/SPD/WG Inselgemeinde zur Entflechtung der Bad Freienwalde Tourismus GmbH
Vorlage: FA/015/2025
9. Anfragen / Informationen

Sitzungsverlauf:

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit

Der Ausschuss war zu Beginn der Sitzung mit 5 von 5 Stadtverordneten beschlussfähig. Die Tagesordnung, einschließlich der notwendigen Unterlagen, ist allen Stadtverordneten fristgemäß mit der Einladung zugegangen.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Herr Schmückert fragt, ob die Eintragung einer Person in das Goldene Buch der Stadt Bad Freienwalde (Oder) auch in diesem Ausschuss beschlossen werden soll.

Herr Büchel antwortet, dass ihm dazu keine Unterlagen vorliegen würden.

Frau Heidemann sagt, dass die Beschlussvorlage am morgigen Tag an alle Abgeordneten versandt werden würde. Sie weist darauf hin, dass diese Beschlussvorlage dann im nichtöffentlichen Teil besprochen wird.

Herr Büchel sagt, dass die Vorlage sicherlich im Hauptausschuss auf die Tagesordnung gesetzt werden würde. Er fragt, ob es korrekt sei, dass die BV/087/2025 jetzt behandelt werden muss. Ihm würde eine andere Terminfolge vorliegen.

Frau Heidemann bestätigt, dass die BV/087/2025 jetzt hier an richtiger Stelle behandelt wird.

Die Tagesordnung wurde in vorliegender Form bestätigt.

3. Entscheidung über Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 20.11.2025

Es wurden keine Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift vorgebracht. Die Niederschrift wurde in vorliegender Form bestätigt.

Herr Büchel fragt nach dem Bearbeitungsstand der letzten Niederschriften.

Frau Heidemann antwortet, dass durch einen hohen Krankenstand ein erheblicher Rückstand an Niederschriften entstanden sei, der aber bis zur nächsten Sitzungsfolge aufgearbeitet werden soll. Sie sei zuversichtlich, dass die Verwaltung wieder in das reguläre Abarbeiten hineinkommen werde und bittet, den Rückstand solange zu entschuldigen. .

4. Feststellung von Ausschließungsgründen gem. § 22 BbgKVerf

Der Vorsitzende bat die Abgeordneten, sollten sie der Annahme sein, an der Beratung und Beschlussfassung eines Tagesordnungspunktes nicht teilnehmen zu dürfen, dies bei dem entsprechenden Punkt anzuzeigen.

5. Beantwortung der Fragen aus der letzten Ausschusssitzung

Herr Büchel sagt, dass die Beantwortung der Fragen schwierig sein könnte, da die Niederschrift aus der letzten Sitzung noch nicht vorliegt und bei dieser Sitzung noch Herr Lehmann als Bürgermeister anwesend war.

Frau Gorski sagt, dass auch noch Fragen aus der Sitzung vom 20.11.2025 offen wären und bittet Frau Heidemann, diese zu beantworten, sofern ihr das möglich ist.

Herr Büchel wiederholt die Fragen vom 20.11.2025 zu folgenden Themen: baurechtliche Genehmigung der Firma Smolinski auf einem Grundstück, Rezertifizierung als Kurort, Geschwindigkeitsbegrenzungen auf 50km/h an den Bushaltestellen, das Fehlen des Ortseingangsschildes Schiffmühle in Gabow, das Fehlen des Straßenschildes in der Adolf-Bräutigam-Straße, die Laubabholung in der Stadt und die Leerung der Papierkörbe in Altgietzen. Herr Büchel hält fest, dass zu den Geschwindigkeitsbegrenzungen in der letzten Stadtverordnetenversammlung entsprechende Beschlüsse gefasst wurden. Die Rezertifizierung sei heute Bestandteil der Tagesordnung.

Herr Schmückert teilt mit, dass für Schiffmühle inzwischen ein neues Ortseingangsschild beschafft und aufgestellt wurde.

Herr Kühnel wiederholt weitere Fragen aus der Sitzung vom 20.11.2025 zur eventuellen Errichtung einer 30 km/h Zone im gesamten Ortsteil Altgietzen. Die Anfragen zur Beschneidung einer Kiefer, der Räumung des Platzes und der Auslieferung der Zeitung seien bereits erfolgt bzw. hätten sich erledigt. Herr Kühnel wiederholt außerdem seine Anfrage zur Absenkung des Bordsteins auf den Dammbauwerken.

Herr Büchel schlägt vor, dass Frau Heidemann sich mit diesen Fragen sowie den Fragen der letzten Sitzung bis zum nächsten Ausschuss beschäftigt und diese dann beantworten kann. Manche Fragen könnten auch durch Informationsvorlagen beantwortet werden.

Frau Heidemann sagt, dass sie versuchen werde, alle Anfragen zu beantworten. Sie teilt mit, dass geplant ist, eine Stelle einzurichten, die sich mit der Abarbeitung der Fragen aus den Ausschüssen und den Ortsbeiräten beschäftigt, diese bündelt und überwacht.

6. Stand Rezertifizierung Kurortstatus

Herr Büchel fasst zusammen, dass der letzte Stand war, dass das Verfahren aufgrund notwendiger Zuarbeiten pausiert wurde.

Frau Heidemann erklärt, dass sich an dem letzten Stand noch nichts geändert habe. Die letzten Nachfragen des Ministeriums im Oktober zum Kurmittelhaus wurden durch die Stadt zeitnah beantwortet und seitdem warte die Verwaltung auf Rücklauf. Sie sagt, dass sie in der nächsten oder übernächsten Woche den Kontakt mit dem Ministerium herstellen würde. Sie gehe davon aus, dass das Ministerium abwarte, wie sich die Lage mit dem Kurmittelhaus und dem Gesellschafterwechsel entwickelt. Im Moment lägen keine neuen Nachfragen oder Informationen des Ministeriums vor.

Herr Büchel fragt, ob sich im Nachgang der Visitation neue Fragen an die Stadt ergeben hätten.

Frau Heidemann sagt, dass bei dem Termin keine mündliche Auswertung stattfand. Die Nachfragen, die es gab, bezogen sich hauptsächlich auf den Gesellschafterwechsel. Eine schriftliche Auswertung und eventuelle weitere Fragen seien abzuwarten.

Herr Büchel sagt, dass das seiner Meinung nach eher positiv zu bewerten sei. Wenn es große Kritikpunkte gäbe, hätte sich der Landesfachbeirat sicherlich bereits gemeldet.

Frau Gorski fragt, ob zu dieser Visitation auch ein Schriftstück gibt und ob noch andere Themen außer das Kurmittelhaus angesprochen wurden.

Frau Heidemann antwortet, dass nichts Schriftliches vorliege. Auch mündlich sei nichts vorgetragen worden. Es gäbe keinen neuen Stand und keine neuen Informationen.

Frau Gorski fragt, wie Frau Heidemann wissen kann, dass der Landesfachbeirat die Situation des Kurmittelhauses kritisch sieht, wenn es keine schriftlichen oder mündlichen Informationen gab.

Herr Büchel erklärt, dass Herr Lehmann in der letzten Ausschusssitzung berichtet hat, dass der Landesfachbeirat mit Nachfragen zur Gesellschafter-situation auf die Verwaltung zugekommen sei. Diese Nachfragen wurden durch Herrn Lehmann beantwortet.

Frau Bratz sagt, dass den Abgeordneten im letzten Jahr Unterlagen zur Visitation und zur Rezertifizierung zur Verfügung gestellt worden wären. Darunter war unter anderem ein Erhebungsbogen vom 09.05.2025. Dieser Erhebungsbogen sei nicht mehr aktuell, viele Maßnahmen und Projekte seien nicht eingetreten bzw. umgesetzt worden, z.B. die Malche oder die Pension Luisenhof. Sie fragt, ob der Landesfachbeirat über diese Entwicklungen und Veränderungen in Kenntnis gesetzt wird. Wenn ja, welche Folgen hat das dann für die Rezertifizierung? Und wenn nein, warum nicht?

Frau Heidemann antwortet, dass sie sich mit dem Erhebungsbogen und dessen Inhalt noch einmal genauer beschäftigen wird. Sie sagt, dass es in vorherigen Durchgängen auch öfter dazu gekommen sei, dass Informationen an den Landesfachbeirat wieder überholt wurden. Dies habe der Landesfachbeirat nie kritisiert. Sobald neue Informationen vorliegen, werde sie diese an die Abgeordneten weiterleiten.

Frau Hannemann sagt, dass nach der Visitation schriftlich Unterlagen nachgefordert wurden, Diese Unterlagen seien am 09.05.2025 nachgereicht worden und in dem Erhebungsbogen aufgeführt. Es sei richtig, dass sich viele Dinge geändert hätten. Jedoch seien viele Dinge noch in der Diskussion, lediglich der Beschluss zur Malche stehe fest. Deshalb sei es auch nicht oberste Priorität, jede Veränderung sofort an das Ministerium weiterzuleiten.

Herr Büchel erklärt, dass der Erhebungsbogen nicht aufgrund der Visitation erstellt wurde, sondern ein Teil des Verfahrens sei, das ein Kurort durchlaufen muss. Aus diesem Verfahren ergeben sich dann Nachfragen. Es sei nun wichtig, konkrete Informationen und Auflagen des Ministeriums abzuwarten, die dann abgearbeitet werden können.

Frau Bratz fragt, ob die Zertifizierung bzw. Klassifizierung der Betten im Hotel „Zum Löwen“ und im Hotel „Lender“ realisiert werden konnte.

Frau Heidemann sagt, dass sie dazu keinen aktuellen Kenntnissstand habe.

Frau Bratz kritisiert, dass in dem Erhebungsbogen viele Angaben enthalten wären, die keinerlei Bezug zur Realität hätten.

Herr Büchel bittet darum, auf die Rückmeldung des Landesfachbeirats zu warten und sich dann gemeinsam damit zu befassen.

Frau Heidemann sagt, dass der Landesfachbeirat sich melden wird, wenn sich Kritikpunkte am Erhebungsbogen ergeben. Bevor eine Rückmeldung vorliegt, sollte erstmal der aktuelle Stand beibehalten werden. Sie bittet Frau Bratz, ihre Kritik schriftlich zu formulieren, sodass diese Punkte durch die Verwaltung genauer geprüft werden können.

Herr Bosse spricht sich dafür aus, dass Schreiben des Landesfachbeirats abzuwarten und dann entsprechend zu reagieren.

Frau Gorski sagt, dass die Ausschüsse dafür da seien, solche Fragen zu klären.

Frau Bratz stimmt Frau Gorski zu. Sie sagt, dass die Zertifizierung als Kurort in den letzten Jahrzehnten viele Ressourcen verbraucht und trotzdem zu nichts geführt hätte. Das ganze Konstrukt sei kritisch zu betrachten.

Herr Büchel erklärt, dass die Abgeordneten jederzeit alle Fragen im Ausschuss stellen konnten. Es sei wertvoll, Reflektionen von Akteuren außerhalb der Stadt durch den Landesfachbeirat zu bekommen. Er sagt, dass Frau Heidemann den Kontakt zum Landesfachbeirat suchen werde und das Thema in der nächsten Ausschusssitzung erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden kann.

Frau Heidemann sichert erneut zu, dass sie neue Informationen sofort an die Abgeordneten weiterleiten werde und wiederholt ihre Bitte an Frau Bratz, die Kritik zum Erhebungsbogen auch schriftlich zu formulieren.

7. Beschluss Nr.: BV/087/2025
Beratung und Beschlussfassung über die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan "Sondergebiet Photovoltaik Oderberger Straße Bralitz"

Frau Heidemann sagt, dass die Beschlussvorlage im Ortsbeirat einstimmig befürwortet wurde. Auch von Seiten der Verwaltung gäbe es keine kritischen Anmerkungen zu dem Verfahren.

Frau Hannemann sagt, dass der Beschluss BV/087/2025 ihrer Meinung nach schon gefasst wurde und hier ein Fehler bzw. eine Verwechslung vorläge.

Frau Heidemann stimmt Frau Hannemann zu und sagt, dass der Tagesordnungspunkt wie folgt lauten müsste: BV/010/2026 Beratung und Beschlussfassung über die Billigung und Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Sondergebiet erneuerbare Energie und landwirtschaftliche Hofstelle des Neumärker Landhofes Hohenwutzen“. Frau Heidemann zieht diesen Tagesordnungspunkt zurück.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses vom 22.06.2022, Beschlussnummer 80/2022, des vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Sondergebiet Photovoltaik Oderberger Straße Bralitz“

zurückgezogen

8. Beschluss Nr.: FA/015/2025
Beratung und Beschlussfassung zum Fraktionsantrag der WV19/SPD/WG
Inselgemeinde zur Entflechtung der Bad Freienwalde Tourismus GmbH

Herr Büchel sagt, dass die Abgeordneten offen über die Vor- und Nachteile dieser Entflechtung diskutieren müssen. Es müsste ein klarer Mehrwert formuliert werden. Er verweist hierbei auch auf die IV/022/2025.

Frau Heidemann sagt, dass das Konstrukt der Gesellschaften sehr verschachtelt ist und deshalb als ein Ganzes betrachtet werden muss. Eine Herauslösung der Tourismus GmbH hätte deshalb wesentlich mehr Auswirkungen, als die IV/022/2025 wiedergibt. Es gäbe viele steuer- und kommunalrechtliche Belange, die zu berücksichtigen sind. Manche Dinge seien auch nicht mehr ganz zeitgemäß. All das werde aktuell in der Verwaltung geprüft. Trotz einer Entflechtung würde es sich immer noch um Gesellschaften handeln, weshalb das Zugriffsrecht immer ein Stück weit beschränkt sein wird. Wenn die rechtlichen Parameter festgestellt sind, werde die Verwaltung dazu einen Vorschlag machen.

Herr Büchel sagt, dass geprüft werden muss, was in welchem gesetzlichen Rahmen möglich ist, um mehr Transparenz zu schaffen. Dennoch sollten auch die fiskalischen Herausforderungen berücksichtigt werden. Die Tourismus GmbH als Tochtergesellschaft neben die WoBaGe zu stellen, würde nur dazu führen, dass bei beiden Gesellschaften dieselben Regularien eingehalten werden müssen. Er bittet außerdem, zu prüfen, ob die Stadtverordnetenversammlung den Aufsichtsratsmitgliedern überhaupt Weisungen erteilen darf. Seiner Auffassung nach, darf die Stadtverordnetenversammlung nur dem Hauptverwaltungsbeamten Weisungen erteilen.

Herr Bosse sagt, dass er zum aktuellen Zeitpunkt dem Beschluss nicht zustimmen könnte. Es sollte abgewartet werden, was die Verwaltung und die Beteiligten bereden und was sie vorschlagen. Über diesen Vorschlag kann dann beraten werden. Er betont, dass eine GmbH immer eine GmbH bleibt, egal wo sie angesiedelt ist.

Frau Gorski sagt, dass der Antrag bereits seit dem 10.11.2025 vorliegt. Eine juristische Prüfung hätte seitdem schon erfolgen können. Sie spricht sich für den Antrag aus.

Frau Heidemann sagt, dass die Auswirkungen einer Neuordnung sowohl der Verwaltung als auch den Abgeordneten deutlich gemacht werden müssen. Dies sei aktuell noch nicht der Fall. Eine Prüfung würde sehr lange dauern und sei auch von Rücksprachen mit dem Finanzamt abhängig. Sie erklärt, dass sie den Beschluss beanstanden müsste, sollte er gefasst werden, da die Abgeordneten die Auswirkungen gar nicht ermessen könnten und auch kein konkreter Vorschlag vorliegt.

Herr Büchel sagt, dass der Verwaltung die Chance gegeben werden sollte, die rechtlichen und finanziellen Aspekte aufzuarbeiten und den Abgeordneten vorzulegen. Er fragt, was sich an den Kritikpunkten an der Tourismus GmbH ändern würde, wenn sie eine direkte Tochter der Stadt wird.

Frau Gorski sagt, dass die Probleme ausreichend bekannt sind. Eine juristische Prüfung hätte bereits erfolgen können. Es müsse mehr Transparenz geschaffen werden. Ob diese Entflechtung der richtige Weg ist, würde sich zeigen, wenn die juristische Prüfung beendet ist. Die Vorlage solle ein Zeichen seien, dass sich etwas ändern muss.

Herr Bosse sagt, dass der Beschluss nicht gefasst, sondern ein Vorschlag der Beteiligten abgewartet werden sollte.

Herr Büchel fragt erneut, was sich durch eine neue Struktur ändern könnte.

Frau Heidemann sagt, dass sie mehrfach angekündigt hat, dass sie gewillt ist, Dinge zu ändern und

Transparenz zu zeigen. So eine Entscheidung muss allerdings genau geprüft und kann nicht voreilig getroffen werden.

Beschluss:

Die SVV weist alle Vertreter der Stadt Bad Freienwalde im Aufsichtsrat der Stadtwerke Bad Freienwalde GmbH an, auf der nächsten Aufsichtsratssitzung den Beschluss zu fassen, sämtliche Anteile der Stadtwerke Bad Freienwalde GmbH an der Bad Freienwalde Tourismus GmbH der Stadt Bad Freienwalde zu übertragen und alle Maßnahmen zu beschließen, um den Übergang der Gesellschafteranteile auf die Stadt Bad Freienwalde schnellstmöglich zu ermöglichen.

Ja 2 Nein 2 Enthaltung 1 Befangen 0

9. Anfragen / Informationen

Frau Bratz fragt im Namen eines Bürgers, wenn es bei der Baustelle am Kreisel weitergeht, da das schlechte Wetter nun vorbei ist. Sie sagt, dass die Gehölze zwischen Schlosspark und Schlossparkambulanz eigentlich stehen bleiben sollten und nun doch entfernt wurden. Funktioniert der Aufzug im Kurmittelhaus wieder? Konnte die Personalstruktur im Kurmittelhaus verbessert werden? Konnten die Probleme bei der Übernahme der Anteile des Kurmittelhauses behoben werden? Weiterhin sagt sie, dass bei der Kasernenruine in der Waldstadt Bäume entfernt und ein Zaun aufgestellt wurde. Sie erklärt, dass die Ruine nun völlig freisteht und dieser städtebauliche Missstand sofort sichtbar ist, wenn man aus Richtung Berlin in Bad Freienwalde hineinfährt. Vorher habe die Vegetation das Gebäude gut verdeckt. Sie fragt, was mit der Kaserne nun weiter passieren soll.

Herr Noack spricht die Optik um den Bahnhof an. Der Schaukasten und die Infotafel seien durch Graffiti beschmutzt. Das Hinweisschild „Zu den Zügen“ zeige in die falsche Richtung. Dies habe er bereits mehrfach angesprochen, bisher sei aber noch nichts passiert. Am Bahngelände in der Ladestraße werde vermehrt Müll abgeladen. Das Gebäude sei ungesichert und frei zugänglich. Auch auf dem Gelände von Norma würde viel Dreck liegen. Er spricht außerdem die leerstehenden Häuser in der Bahnhofstraße an, von denen eines kürzlich gebrannt hat. Er fragt, wie mit all diesen Missständen umgegangen werden soll. Er berichtet davon, dass der Fahrer, der die Pakete aus der McPaper-Filiale in der Karl-Marx-Straße abholt, aufgrund der teilweisen Sperrung der Straße bzw. der Parkflächen große Schwierigkeiten hat und fragt, ob es nicht möglich sei, für das Be- und Entladen auf dem Gehweg zu parken.

Herr Büchel sagt, dass der Wasserturm am Bahnhof nicht gesichert ist und immer wieder Menschen dort eindringen. Außerdem bereite ihm der Schuppen bzw. das kleine Gebäude neben dem Parkplatz des Bahnhofes Sorgen, da es immer weiter einfällt und eine Gefahrenquelle darstellt.

Frau Heidemann sagt, dass die Arbeiten am Kreisel weitergeführt werden können, wenn der Boden vollständig frostfrei ist. Am Montag finde die nächste Bauberatung statt. Zum Hauptausschuss bzw. zur Stadtverordnetenversammlung könne sie den Zeitplan dann konkretisieren. Die Fällarbeiten müssen bis zum 01.03. erfolgen, weshalb derzeit im Stadtgebiet viele Bäume gefällt werden. Der Aufzug im Kurmittelhaus sei wieder funktionsfähig. An der Verbesserung der Struktur im Kurmittelhaus werde aktuell gearbeitet. Übernahmeschwierigkeiten bei den Anteilen am Kurmittelhaus seien ihr nicht bekannt. Die Fällarbeiten an der Kaserne erfolgten ebenfalls mit Hinblick auf die Frist zum 01.03. und dienen auch der Sicherungspflicht der Stadt. Die Ruine und das Gelände stellen eine Gefahr dar, weshalb das Gebäude eingezäunt wurde. Die Entwicklung des Gebäudes sei schwierig, aber die Verwaltung werde dranbleiben, diesen Missstand zu beseitigen. Zur Lage am und um den Bahnhof sagt sie, dass die Verwaltung bemüht sei, die Eigentümer der leerstehenden Häuser zu kontaktieren und sie zu einer Sicherung der Gebäude zu bewegen. Die übrigen Anfragen zum Bahnhof werde sie an den zuständigen Fachbereich weiterleiten. Sie bittet, dass sich die Post mit der Anfrage zum Be- und Entladen auf dem Gehweg an Herrn Kock-Fuchs als Fachbereichsleiter des Ordnungsamtes wendet.

Die Behebung der Schäden in der Königstraße und Karl-Marx-Straße sei bereits geplant und solle so erfolgen, dass solche Schäden in den nächsten Jahren möglichst vermieden werden. Am Bahnhof erfolgen regelmäßige Kontrollen und Reinigungen, die die Missstände aber leider nicht verhindern können. Dafür müssten die Gebäude in Nutzung gebracht werden, was in Arbeit sei.

Frau Gorski sagt, dass am Bahnhof, auch aufgrund fehlender Parkverbote, keine Straßenreinigung durchgeführt würde. Dadurch würden sich große Mengen an Laub sammeln. Sie spricht außerdem massive Baumfällungen in Hohensaaten an und fragt, ob das in einem Naturschutzgebiet überhaupt legal ist.

Frau Heidemann sagt, dass in der betroffenen Straße am Bahnhof keine Straßenreinigung vorgesehen ist und für die Reinigung der Gehwege die Eigentümer der anliegenden Grundstücke zuständig sind. Sie werde jedoch den zuständigen Fachbereich über die Verunreinigungen informieren. Die Fällarbeiten in Hohensaaten wurden mit den zuständigen Behörden abgesprochen, es handle sich um normale Holzabfuhr. Die Fällungen hätten nichts mit den dort geplanten Windrädern zu tun. Sobald es neue Informationen zu diesem Vorhaben gibt, werde sie darüber informieren.

Frau Bratz fragt, ob Frau Heidemann vorsieht, beim Landesamt für Umwelt nachzufragen, ob ein Vorbescheid für das Projekt vorliegt oder ein Genehmigungsverfahren läuft.

Frau Heidemann sagt, dass aktuell kein Vorbescheid vorliegt, der Vorhabensträger aber einen Antrag gestellt hat. Die Verwaltung werde alles tun, um das Vorhaben in Hohensaaten zu verhindern. Sie gibt aber zu bedenken, dass ihre Mittel als Bürgermeisterin begrenzt sind.

Frau Bratz fragt, ob Frau Heidemann das Verfahren noch einmal genauer erklären kann.

Frau Heidemann antwortet, dass kein Vorbescheid vorliegt. Der Vorhabensträger habe jedoch einen Antrag gestellt. Zum Stand des Genehmigungsverfahrens kann sie keine Ausführungen machen. Sie informiert, dass die Recherchefunktion im Ratsinformationssystem wieder funktioniert. Sie bittet die Abgeordneten diese Funktion auszuprobieren und eventuell noch bestehenden Mängel mitzuteilen.

Frau Gorski informiert, dass Herr Lehmann gesagt habe, dass es einen Sponsor für die Bahnhofsuhr gäbe. Sie fragt, inwieweit mit diesem Sponsor in Kontakt getreten wurde.

Frau Bratz sagt, dass die Recherchefunktion im Ratsinformationssystem unsortiert und nicht chronologisch sei. Herr Lehmann habe bei Einführung des neuen Systems eine Schulung für Gremienmitglieder in Aussicht gestellt, die aufgrund der technischen Probleme dann jedoch nie stattgefunden habe. Sie fragt, ob diese Schulung noch erfolgen wird.

Frau Heidemann antwortet, dass eine Schulung bereits stattgefunden hat. Sie erläutert die Vorzüge, die das Programm mit sich bringt und dass es die Zusammenarbeit von den Abgeordneten und der Verwaltung z.B. bei den Niederschriften erleichtert. Es sei noch eine weitere Schulung geplant, damit möglichst viele Abgeordnete dieses Programm nutzen können.

Bad Freienwalde (Oder), den 30.03.2026

gez. Marco Büchel
Vorsitzender

Protokollerstellung nach Tonbandaufnahme
durch Frau Duckert

